

Pressemitteilung

20. August 2018

Fixierung des Rentenniveaus

Scholz' Rentenversprechen kostet 75 Milliarden Euro im Jahr 2040

Am Wochenende hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz in einem Interview gefordert, die Höhe des Rentenniveaus bis 2040 gesetzlich festzuschreiben. Dies sei nötig, um einen „deutschen Trumpf“ zu verhindern. Die Kosten für dieses Rentenversprechen überschreiten nahezu alle Vorstellungen einer verantwortungsvollen Finanzplanung.

Berlin – Würde die von der Regierungskoalition beschlossene Fixierung des Rentenniveaus über das Jahr 2025 hinaus verlängert, müssten die Zuschüsse an die Rentenkasse aus dem Bundeshaushalt beängstigend aufgestockt werden. Nach vorläufigen Berechnungen des **Prognos-Instituts** für die **INSM** würden die Steuerzahler im Jahr **2030** beispielsweise mit zusätzlichen **36 Mrd. Euro** belastet. Die Kosten steigen, umso mehr „Babyboomer“ in Rente gehen, da diese geburtenstarken Jahrgänge selbst relativ wenig Kinder bekommen haben und dadurch die Zahl der Beitragszahler in den kommenden Jahren zurückgehen wird. Im Jahr **2040** wären **75 Mrd. Euro** nötig, um das Rentenniveau bei 48 Prozent zu fixieren.

Dazu **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der INSM: „Die Rentenversprechen von Olaf Scholz sind eine schreiende Ungerechtigkeit gegenüber den jüngeren Generationen. Der Generation der sogenannten Babyboomer werden hohe Renten gesichert, die Jahr für Jahr steigende Rechnung müssen die heutigen Berufseinsteiger, Schüler und Kindergartenkinder bezahlen. Eine gerechte Reform des Rentensystems mit verlässlichen Renten, finanzierbaren Beiträgen und angemessenen Steuerzuschüssen ist nur möglich, wenn alle Generationen einen Beitrag leisten. Dazu gehört neben mehr privater und betrieblicher Altersvorsorge unweigerlich auch die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters.“

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de